

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Spanien 2016

Nach einer Pressemitteilung vom 29.01.2016 verweigert die Spanische Regierung noch immer die Aufklärung von Vorkommnissen während des Spanischen Bürgerkriegs. Es handelt sich hierbei um rund 114.000 Fälle von sogenanntem „Verschwindenlassen“ und anderen Verbrechen, die sich zwischen Juli 1936 und Dezember 1951 zutrugen – darunter auch Fälle von Folter. Angehörige der Opfer fanden zum Ende des Krieges Unterschlupf in Ländern wie Argentinien und Mexiko. Von dort aus streben sie und die Nachkommen von Opfern, Verfahren zur Aufklärung der Verbrechen an, da ihnen dies in Spanien verweigert wird.

Nach einer Pressemitteilung vom 25.05.2016 von Amnesty International hat sich fast die Hälfte der Mitgliedsstaaten der EU über das EU-weite Waffenembargo gegenüber Ägypten hinweg gesetzt, obwohl dort Waffen unter anderem auch für erzwungenes „Verschwindenlassen“ und Folter eingesetzt werden. Folgende Staaten lieferten oder vermittelten seit 2013 Waffen an Ägypten: Bulgarien, Zypern, Tschechische Republik, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Italien, Polen, Rumänien, Serbien, Slowakei, Spanien, Großbritannien.